

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> . . . . .	5
<b>Inhaltsverzeichnis</b> . . . . .	11
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	29
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	31
<b>Einführung: Zielsetzung, Konzept, Aufbau</b> . . . . .	35
Zielsetzung . . . . .	35
Konzept . . . . .	35
Aufbau . . . . .	39
(1) Das Mehrebenensystem . . . . .	40
(2) Die Vielfalt der Rechtsakte . . . . .	40
(3) Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis . . . . .	42
<b>Teil 1: Das Öffentliche Recht in der Ersten Juristischen Staatsprüfung (Freistaat Bayern)</b> . . . . .	43
§ 1 <i>Vorgaben der JAPO für die Erste Juristische Staatsprüfung</i> . . . . .	43
I. Pflichtfachstoff im Öffentlichen Recht . . . . .	44
II. Schriftliche und mündliche Prüfung . . . . .	48
III. Konsequenzen für die Examensvorbereitung . . . . .	48
§ 2 <i>Potenzielle Klausurtypen</i> . . . . .	54
I. Vorbemerkungen . . . . .	54
II. Die „Rechtsakt“-Klausur . . . . .	56
III. Die (echte) „Rechtsbehelfs“-Klausur . . . . .	72
IV. Die „Gestaltungs“-Klausur . . . . .	82
V. Die „Themen“-Klausur . . . . .	83
VI. Die „Anwalts“-Klausur . . . . .	85
§ 3 <i>Die öffentlich-rechtlichen Pflichtfachklausuren in der Ersten Juristischen Staatsprüfung seit 1990</i> . . . . .	85
<b>Teil 2: Öffentliches Recht im Mehrebenensystem</b> . . . . .	87
Vorbemerkungen . . . . .	87
Zielsetzung dieses Teils . . . . .	87
Grundelemente einer Mehrebenendogmatik . . . . .	89
§ 4 <i>Die Ebenen des Mehrebenensystems (Status-Dogmatik)</i> . . . . .	92
I. Europäische Union (EU) . . . . .	93
II. Bundesrepublik Deutschland . . . . .	97
III. Länder (Freistaat Bayern) . . . . .	99
IV. Kommunen . . . . .	104

§ 5	<i>System des Organisationsrechts (Organisationsdogmatik)</i> . . . .	132
	Vorbemerkungen . . . . .	132
	I. Das Legitimationsproblem . . . . .	135
	II. Das Problem der Willensbildung . . . . .	153
	III. Das Vollzugsproblem . . . . .	156
	IV. Das Kontrollproblem . . . . .	169
§ 6	<i>Die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen (Kompetenzdogmatik)</i> . . . . .	203
	Vorbemerkungen . . . . .	203
	I. Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten . . . . .	207
	II. Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern . . . . .	212
	III. Kompetenzverteilung zwischen dem Staat und den Kommunen . . . . .	220
§ 7	<i>Regelungskollisionen (Kollisionsdogmatik)</i> . . . . .	221
	Vorbemerkungen . . . . .	221
	I. Vermeidung von Regelungskollisionen . . . . .	225
	II. Auflösung von Regelungskollisionen . . . . .	240
§ 8	<i>Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen (Durchsetzungsdogmatik)</i> . . . . .	269
	Vorbemerkungen . . . . .	269
	I. Verhältnis EU – Mitgliedstaat . . . . .	269
	II. Verhältnis Bund – Land (Freistaat Bayern) . . . . .	286
	III. Verhältnis Land (Freistaat Bayern) – Kommunen . . . . .	301
§ 9	<i>Die Rolle der Gerichte im Mehrebenensystem</i> . . . . .	325
	I. Vorbemerkungen . . . . .	325
	II. Verhältnis EuGH – mitgliedstaatliche (deutsche) Gerichte . . . . .	328
	III. Verhältnis Verwaltungsgerichte – Verfassungsgerichte . . . . .	336
	IV. Verhältnis BVerfG – LVerfG (VerfGH) . . . . .	350
	V. Zur Rolle des EGMR im gerichtlichen Mehrebenensystem . . . . .	353
<b>Teil 3:</b>	<b>Die Rechtsnorm und deren Kontrolle</b> . . . . .	<b>361</b>
	Vorbemerkungen . . . . .	361
§ 10	<i>EU-Rechtsnormen und deren Kontrolle</i> . . . . .	362
	I. EU-Primärrecht . . . . .	363
	II. EU-Sekundärrecht . . . . .	364
	III. EU-Tertiärrecht . . . . .	384
§ 11	<i>Das Bundesgesetz und dessen Kontrolle</i> . . . . .	385
	I. Vereinbarkeit eines Bundesgesetzes mit höherrangigem Recht . . . . .	385
	II. Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	433
	III. Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	435
	IV. Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes . . . . .	449

§ 12 <i>Das Landesgesetz und dessen Kontrolle</i> . . . . .	450
I. Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit höherrangigem Recht . . . . .	451
II. Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . .	460
III. Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	460
IV. Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes . . . . .	474
§ 13 <i>Untergesetzliche Rechtsnormen und deren Kontrolle</i> . . . . .	475
I. Rechtsverordnungen des Bundes . . . . .	475
II. Rechtsverordnungen des Landes . . . . .	482
III. Satzungen . . . . .	503
§ 14 <i>Verwaltungsvorschriften und deren Kontrolle</i> . . . . .	525
I. Rechtsnatur und Funktionen . . . . .	525
II. Rechtmäßigkeit von Verwaltungsvorschriften . . . . .	527
III. Rechtswirkungen und Kontrolle von Verwaltungsvor- schriften . . . . .	528
<b>Teil 4: Der Einzel(rechts)akt und dessen Kontrolle</b> . . . . .	531
Vorbemerkungen . . . . .	531
§ 15 <i>Einzelakte des EU-Rechts und deren Kontrolle</i> . . . . .	532
I. Bedeutung und dogmatische Grundlagen . . . . .	532
II. Vereinbarkeit eines EU-Beschlusses mit höherrangigem EU-Recht . . . . .	533
III. Gerichtliche Geltendmachung . . . . .	534
§ 16 <i>Der Verwaltungsakt und dessen Kontrolle</i> . . . . .	536
I. Dogmatische Grundlagen des Verwaltungsakts . . . . .	536
II. Der belastende Verwaltungsakt und dessen Kontrolle . . . .	561
III. Der begünstigende Verwaltungsakt und dessen Erstreitung .	630
§ 17 <i>Hoheitliches Handeln ohne VA-Charakter (Realakte)</i> . . . . .	672
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	672
II. Anspruch auf Vornahme von Realakten (positive Leistung) .	675
III. Anspruch auf Unterlassung von Realakten (negative Leistung) . . . . .	677
IV. Prozessuale Durchsetzung: Die allgemeine Leistungsklage .	681
<b>Teil 5: Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis: Struktur und Ansprüche</b> . . . . .	685
Vorbemerkungen . . . . .	685
§ 18 <i>Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis</i> . . . . .	686
I. Das Grund-Rechtsverhältnis (Das Grundrechts-Verhältnis) .	686
II. Erweiterung: Das Rechtsverhältnis-Dreieck (Interessen- dreieck) . . . . .	688
III. Besondere öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse . . . . .	690
IV. Die Feststellungsklage (§ 43 I VwGO) . . . . .	693

<b>§ 19 Der öffentlich-rechtliche Anspruch</b> . . . . .	<b>697</b>
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	697
II. Primäransprüche . . . . .	698
III. Sekundäransprüche (Reaktionsansprüche). . . . .	706
<b>§ 20 System des Staatshaftungsrechts.</b> . . . . .	<b>708</b>
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	708
II. Kompensation rechtswidrigen staatlichen Handelns . . . . .	710
III. Kompensation rechtmäßigen staatlichen Handelns . . . . .	734
IV. Kompensation rechtsgrundloser Vermögensverschiebungen . . . . .	741
<b>Anhang 1: Verzeichnis der Prüfungsschemata</b> . . . . .	<b>745</b>
<b>Anhang 2: Tableau der Klausuren des Ersten Juristischen Staatsexamens im Freistaat Bayern (seit 1990)</b> . . . . .	<b>749</b>
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	<b>777</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> . . . . .	5
<b>Inhaltsübersicht</b> . . . . .	7
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	29
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	31
<b>Einführung: Zielsetzung, Konzept, Aufbau</b> . . . . .	35
Zielsetzung . . . . .	35
Konzept . . . . .	35
Aufbau . . . . .	39
(1) Das Mehrebenensystem . . . . .	40
(2) Die Vielfalt der Rechtsakte . . . . .	40
(3) Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis . . . . .	42
<b>Teil 1: Das Öffentliche Recht in der Ersten Juristischen Staatsprüfung (Freistaat Bayern)</b> . . . . .	43
§ 1 <i>Vorgaben der JAPO für die Erste Juristische Staatsprüfung.</i> . . . .	43
I. Pflichtfachstoff im Öffentlichen Recht . . . . .	44
1. Pflichtfächer . . . . .	44
2. Grundlagen der Pflichtfächer . . . . .	46
3. Andere Rechtsgebiete. . . . .	46
II. Schriftliche und mündliche Prüfung . . . . .	48
III. Konsequenzen für die Examensvorbereitung . . . . .	48
1. Allgemeine Hinweise. . . . .	48
2. Überblick über die examensrelevanten Rechtsgrund- lagen . . . . .	50
§ 2 <i>Potenzielle Klausurtypen</i> . . . . .	54
I. Vorbemerkungen . . . . .	54
II. Die „Rechtsakt“-Klausur . . . . .	56
1. Allgemeine Typik und Konsequenzen für den Aufbau . . . . .	56
2. Modalitäten dieses Klausurtyps. . . . .	56
3. Weitere Aufbauhinweise für die Rechtsakt-Klausur . . . . .	58
a) Prüfungsgegenstand ist <i>ein</i> Rechtsakt . . . . .	58
b) Prüfungsgegenstand sind <i>mehrere</i> Rechtsakte. . . . .	59
aa) Mehrere <i>selbständige</i> Rechtsakte. . . . .	59
bb) Mehrere voneinander <i>abhängige</i> Rechtsakte. . . . .	59
aaa) Abhängigkeit der Rechtsakte im Stufenbau der Rechtsordnung . . . . .	60

bbb) Abhängigkeit von Rechtsakten gleicher Stufe . . . . .	66
c) Problem der Fehlerfolgen . . . . .	68
d) Prüfung von Rechtsbehelfen/Verwerfungskompetenz/Vorlagepflichten . . . . .	69
aa) In welcher Reihenfolge sind die potenziellen Rechtsbehelfe zu prüfen? . . . . .	69
bb) Hat das angegangene Gericht eine Verwerfungskompetenz oder muss es einem anderen Gericht vorlegen? . . . . .	71
III. Die (echte) „Rechtsbehelfs“-Klausur . . . . .	72
1. Allgemeine Typik und Konsequenzen für den Aufbau . . . . .	72
2. Modalitäten dieses Klausurtyps . . . . .	73
3. Weitere Aufbauhinweise für die Rechtsbehelfs-Klausur . . . . .	80
IV. Die „Gestaltungs“-Klausur . . . . .	82
V. Die „Themen“-Klausur . . . . .	83
VI. Die „Anwalts“-Klausur . . . . .	85
§ 3 Die öffentlich-rechtlichen Pflichtfächklausuren in der Ersten Juristischen Staatsprüfung seit 1990 . . . . .	85
<b>Teil 2: Öffentliches Recht im Mehrebenensystem . . . . .</b>	<b>87</b>
Vorbemerkungen . . . . .	87
Zielsetzung dieses Teils . . . . .	87
Grundelemente einer Mehrebenendogmatik . . . . .	89
Schritt 1: Der Grundstatus der einzelnen Ebenen („Status-Dogmatik“) . . . . .	89
Schritt 2: Die Binnenstruktur der einzelnen Ebenen („Organisationsdogmatik“) . . . . .	89
Schritt 3: Die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen („Kompetenzdogmatik“) . . . . .	90
Schritt 4: Regelungskollisionen zwischen den Ebenen („Kollisionsdogmatik“) . . . . .	90
Schritt 5: Kontroll- und Sanktionsmechanismen („Durchsetzungsdogmatik“) . . . . .	90
Schritt 6: Die Gerichtsbarkeit im Mehrebenensystem . . . . .	91
§ 4 Die Ebenen des Mehrebenensystems (Status-Dogmatik). . . . .	92
I. Europäische Union (EU) . . . . .	93
1. Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	93
a) EU-Recht als eigene (unmittelbar anwendbare) Rechtsordnung . . . . .	94
b) Eigene Rechtsetzungskompetenz der EU . . . . .	95
c) Grundsatz des Anwendungsvorranges des EU-Rechts . . . . .	95
d) Durchsetzungsmechanismen. . . . .	95
2. Statusänderungen . . . . .	96

a)	Existenzielle Änderungen . . . . .	96
b)	Kompetenzielle Änderungen . . . . .	96
c)	Territoriale Änderungen . . . . .	97
II.	Bundesrepublik Deutschland . . . . .	97
1.	Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	97
2.	Statusänderungen . . . . .	97
a)	Existenzielle Änderungen . . . . .	97
b)	Kompetenzielle Änderungen . . . . .	98
c)	Territoriale Änderungen . . . . .	99
III.	Länder (Freistaat Bayern) . . . . .	99
1.	Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	99
2.	Statusänderungen . . . . .	99
a)	Existenzielle Änderungen . . . . .	99
b)	Kompetenzielle Änderungen . . . . .	100
c)	Territoriale Änderungen . . . . .	104
IV.	Kommunen . . . . .	104
1.	Grundsätzlicher Rechtsstatus . . . . .	104
a)	Wiederholung (WH) von Grundlagen . . . . .	104
aa)	WH 1: Kommunen als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung . . . . .	104
bb)	WH 2: Die „Janusköpfigkeit“ des Landrats- amtes (mit Exkurs ins Hochschulrecht) . . . . .	106
cc)	WH 3: Typologie der Kommunen/Rechtsgrund- lagen . . . . .	109
dd)	WH 4: Die Gemeindetypen . . . . .	110
b)	Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen . . . . .	113
aa)	Rechtsstruktur der Selbstverwaltungsgarantie . . . . .	113
bb)	Inhalt und Reichweite der Selbstverwaltungs- garantie . . . . .	117
aaa)	Gemeinden (Art. 11, 83 BV, Art. 28 II GG) . . . . .	117
bbb)	Gemeindeverbände (Landkreise, Bezirke: Art. 10 BV, 28 II 2 GG) . . . . .	118
2.	Statusänderungen . . . . .	119
a)	Existenzielle Änderungen . . . . .	119
aa)	Institutionelle Auflösung . . . . .	119
bb)	Individuelle Auflösung . . . . .	120
b)	Kompetenzielle Änderungen . . . . .	122
aa)	Fallgruppen . . . . .	122
bb)	Rechtfertigung . . . . .	124
c)	Territoriale Änderungen . . . . .	127
d)	Exkurs: Namensänderung . . . . .	128
3.	Exkurs: Grundrechtsberechtigung der Kommunen . . . . .	131
§ 5	System des Organisationsrechts (Organisationsdogmatik) . . . . .	132
	Vorbemerkungen . . . . .	132
I.	Das Legitimationsproblem . . . . .	135

1.	Demokratische Legitimation in der EU . . . . .	136
a)	Repräsentative Demokratie. . . . .	136
b)	Unmittelbare Demokratie. . . . .	137
2.	Demokratische Legitimation in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	138
a)	Repräsentative Demokratie. . . . .	138
b)	Unmittelbare Demokratie. . . . .	140
3.	Demokratische Legitimation im Freistaat Bayern . . . . .	141
a)	Repräsentative Demokratie. . . . .	141
b)	Unmittelbare Demokratie. . . . .	142
c)	Exkurs: Weitere Unterschiede zwischen GG und BV . . . . .	147
4.	Demokratische Legitimation in den Kommunen . . . . .	148
a)	Repräsentative Demokratie. . . . .	148
b)	Unmittelbare Demokratie. . . . .	149
II.	Das Problem der Willensbildung . . . . .	153
1.	Willensbildung in der EU . . . . .	154
2.	Willensbildung im Bund . . . . .	154
3.	Willensbildung im Freistaat Bayern. . . . .	155
4.	Willensbildung in den Kommunen . . . . .	155
III.	Das Vollzugsproblem . . . . .	156
1.	Vollzug des EU-Rechts . . . . .	160
2.	Vollzug des Bundesrechts . . . . .	164
3.	Vollzug des Landesrechts. . . . .	166
4.	Vollzug des kommunalen Rechts (Ortsrechts) . . . . .	168
IV.	Das Kontrollproblem . . . . .	169
1.	Kontrolle durch Rechnungshöfe. . . . .	169
2.	Kontrolle durch Gerichte . . . . .	169
a)	Der Organstreit auf EU-Ebene . . . . .	171
b)	Der Organstreit auf Bundesebene . . . . .	176
c)	Der Organstreit auf Landesebene . . . . .	179
d)	Der Organstreit auf kommunaler Ebene („Kommunalverfassungsstreit“) . . . . .	184
aa)	Fallkonstellationen in der Klausur . . . . .	184
bb)	Kommunalverfassungsstreit: keine eigenständige Verfahrensart vor dem VG . . . . .	187
aaa)	Maßnahme hat Rechtsnormcharakter. . . . .	188
bbb)	Maßnahme hat Verwaltungsakt-Charakter . . . . .	195
a)	Maßnahme gegenüber Dritten . . . . .	195
b)	Maßnahme im „echten“ Innenbereich. . . . .	201
ccc)	Maßnahme ist weder Rechtsnorm noch Verwaltungsakt . . . . .	202
§ 6	<i>Die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen (Kompetenz- dogmatik)</i> . . . . .	203
	Vorbemerkungen . . . . .	203

I.	Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten . . . . .	207
1.	Der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung . . . . .	207
a)	Inhalt des Grundsatzes . . . . .	207
b)	Kompetenzarten. . . . .	208
2.	Der Grundsatz der Subsidiarität. . . . .	209
3.	Fallbeispiel . . . . .	209
II.	Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern . . . . .	212
1.	Grundsatz: Regel-Ausnahme-Verhältnis zu Gunsten der Länder . . . . .	212
2.	Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	213
a)	Alleinige Gesetzgebungskompetenz der Länder (Art. 30, 70 I GG) . . . . .	213
b)	Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 70 II, 71, 73 GG) . . . . .	214
c)	Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz (Art. 70 II, 72, 74 GG) . . . . .	214
d)	Sonderfall: Die Abweichungsgesetzgebung (Art. 72 III GG) . . . . .	215
e)	Fallbeispiele . . . . .	215
3.	Verteilung der Verwaltungskompetenzen . . . . .	219
III.	Kompetenzverteilung zwischen dem Staat und den Kommunen . . . . .	220
§ 7	Regelungskollisionen (Kollisionsdogmatik). . . . .	221
	Vorbemerkungen . . . . .	221
I.	Vermeidung von Regelungskollisionen. . . . .	225
1.	Verhältnis EU – Mitgliedstaat . . . . .	226
a)	Beachtenspflicht (EU-rechtliches Nichtwiderspruchsgebot) . . . . .	226
aa)	Beispiel: Polizei- und Sicherheitsrecht . . . . .	227
bb)	Beispiel: Kommunales Satzungsrecht. . . . .	230
cc)	Beispiel: Hochschulrecht. . . . .	231
dd)	Beispiel: Gaststättenrecht . . . . .	232
b)	Rechtsetzungspflicht . . . . .	233
aa)	Rechtsetzung zur Kompensation von Verstößen gegen die Beachtenspflicht . . . . .	233
bb)	Rechtsetzung zur Umsetzung von EU-Richtlinien . . . . .	233
c)	Vollzugspflicht . . . . .	235
2.	Verhältnis Bund – Land . . . . .	237
a)	Beachtenspflicht . . . . .	237
b)	Rechtsetzungspflicht . . . . .	237
c)	Vollzugspflicht . . . . .	238
3.	Verhältnis Land – Kommunen. . . . .	238

II. Auflösung von Regelungskollisionen . . . . .	240
1. Geltungserhaltungsklauseln . . . . .	240
a) Das grundrechtliche Mehrebenensystem . . . . .	241
b) Kollisionsauflösung durch Geltungserhaltung kollidierender Grundrechte . . . . .	243
aa) Art. 142 GG als prototypische Modellnorm einer Geltungserhaltungsklausel . . . . .	244
aaa) Gültigkeit der Landesgrundrechte trotz Abweichens von GG-Grundrechten . . . . .	244
bbb) Weitergehende Landesgrundrechte . . . . .	245
ccc) Zurückbleibende Landesgrundrechte . . . . .	246
ddd) Verhältnis von Art. 142 GG zu Art. 31 GG . . . . .	246
bb) Art. 53 EU-GRCh als Geltungserhaltungsklausel . . . . .	247
c) Kollisionsauflösung durch Reduzierung der Maßstabsfunktion der Grundrechte . . . . .	248
aa) Rechtsakte des Bundes unter EU-rechtlichem Einfluss . . . . .	248
aaa) Fallgruppe 1: Bund erlässt Rechtsakt auf Grund EU-rechtlicher Vorgabe . . . . .	248
bbb) Fallgruppe 2: Bund wendet unmittelbar EU-Recht an . . . . .	250
bb) Rechtsakte des Landes unter EU- oder bundesrechtlichem Einfluss . . . . .	251
aaa) Fallgruppe 1: Land erlässt Rechtsakt auf Grund EU- oder bundesrechtlicher Vorgabe . . . . .	251
a) Landesrechtsakt beruht auf bundesrechtlicher Vorgabe . . . . .	251
b) Landesrechtsakt beruht auf EU-rechtlicher Vorgabe . . . . .	251
bbb) Fallgruppe 2: Land wendet unmittelbar EU- oder Bundesrecht an . . . . .	252
a) Land wendet Bundesrecht an . . . . .	252
b) Land wendet EU-Recht an . . . . .	253
2. Homogenitätsklauseln . . . . .	254
a) Homogenität zwischen EU und Mitgliedstaaten (Art. 2, 4 II, 7 EUV) . . . . .	254
b) Homogenität zwischen GG und Landesverfassung (Art. 28 I GG) . . . . .	254
3. Die Figur des Anwendungsvorrangs und seine Ausnahmen . . . . .	255
a) Die Funktion des Anwendungsvorrangs . . . . .	255
b) Die Ausnahmen vom Anwendungsvorrang . . . . .	256
aa) Grundrechtliche Vorrangsausnahme . . . . .	257

bb) „Ultra-vires“-Vorrangausnahme . . . . .	257
cc) „Identitäts“-Vorrangausnahme . . . . .	258
dd) Umgang mit den Vorrangausnahmen in der Klausur . . . . .	258
4. Der Lex posterior-Grundsatz . . . . .	261
5. Der Lex superior-Grundsatz . . . . .	261
6. Bundesrecht bricht Landesrecht – Art. 31 GG . . . . .	261
a) Leges speciales zu Art. 31 GG . . . . .	262
b) Echter Normwiderspruch zwischen Bundes- und Landesrecht . . . . .	262
aa) Kein echter Normwiderspruch bei verschie- denen Normadressaten . . . . .	263
bb) Kein echter Normwiderspruch bei verfassungs- rechtlichen Parallelgewährleistungen . . . . .	264
aaa) Inhaltsgleiche Parallelgewährleistungen . . . . .	264
bbb) Gewährleistung der Landesverfassung, bleibt hinter der des GG zurück . . . . .	265
ccc) Gewährleistung der Landesverfassung reicht weiter als die des GG . . . . .	265
c) Gültigkeit der sich im echten Normwiderspruch befindlichen Normen . . . . .	266
d) Rechtsfolge des Art. 31 GG . . . . .	268
§ 8 Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen (Durchsetzungs- dogmatik) . . . . .	269
Vorbemerkungen . . . . .	269
I. Verhältnis EU – Mitgliedstaat . . . . .	269
1. Durchsetzung des EU-Rechts durch die Mitgliedstaaten . . . . .	270
a) Prüfung mitgliedstaatlicher Rechtsakte am Maßstab des EU-Rechts . . . . .	271
b) Verwerfung EU-rechtswidriger mitgliedstaatlicher Rechtsakte . . . . .	274
aa) Verwerfungskompetenz der Gerichte . . . . .	274
bb) Verwerfungskompetenz der Behörden . . . . .	275
c) Pflicht zur unmittelbaren Anwendung von EU- Richtlinien . . . . .	276
d) Kompensationspflicht: EU-rechtlicher Staats- haftungsanspruch . . . . .	278
2. Durchsetzung des EU-Rechts durch die EU . . . . .	278
a) Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 ff. AEUV) . . . . .	278
b) Verfahren nach Art. 7 EUV – Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten . . . . .	283
c) Ausschluss des Mitgliedstaates aus der EU? . . . . .	284
d) Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte? . . . . .	285
II. Verhältnis Bund – Land (Freistaat Bayern). . . . .	286
1. Durchsetzung des Bundesrechts durch die Länder . . . . .	286

2.	Durchsetzung des Bundesrechts durch den Bund (insbes. durch BVerfG) . . . . .	288
a)	Verfahrensarten vor dem BVerfG zur Durchsetzung des Bundesrechts . . . . .	288
b)	Insbesondere: Der Bund-Länder-Streit (Art. 93 I Nr. 3 GG) . . . . .	289
III.	Verhältnis Land (Freistaat Bayern) – Kommunen . . . . .	301
1.	Vorbemerkungen . . . . .	301
2.	Essentialia des Kommunalaufsichtsrechts . . . . .	303
a)	Aufsichtsart: Die Unterscheidung zwischen Rechts- aufsicht und Fachaufsicht . . . . .	304
b)	Aufsichtsbehörden . . . . .	309
c)	Aufsichtsmittel . . . . .	311
3.	Examensrelevante Fallkonstellationen . . . . .	317
4.	Abschließendes Fallbeispiel . . . . .	320
§ 9	<i>Die Rolle der Gerichte im Mehrebenensystem</i> . . . . .	325
I.	Vorbemerkungen . . . . .	325
II.	Verhältnis EuGH – mitgliedstaatliche (deutsche) Gerichte . . . . .	328
1.	Verhältnis EuGH – mitgliedstaatliche Fachgerichte (Verwaltungsgerichte) . . . . .	328
a)	Die Verwaltungsgerichte als funktionale Gemein- schaftsgerichte . . . . .	328
b)	Das Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) . . . . .	329
aa)	Funktion und Prüfungsschema . . . . .	329
bb)	Vorlagepflichten . . . . .	332
cc)	Konsequenzen bei Verletzung der Vorlage- pflichten . . . . .	334
2.	Verhältnis EuGH – BVerfG . . . . .	334
3.	Verhältnis EuGH – Landesverfassungsgericht . . . . .	335
III.	Verhältnis Verwaltungsgerichte – Verfassungsgerichte . . . . .	336
1.	Verhältnis Verwaltungsgerichte – BVerfG. . . . .	337
a)	Die Verwaltungsgerichte als funktionale Verfas- sungsgerichte . . . . .	337
b)	Die Verwerfungskompetenz der Verwaltungs- gerichte . . . . .	337
c)	Die konkrete Normenkontrolle (Richtervorlage) nach Art. 100 I GG . . . . .	338
aa)	Funktion, Übersicht . . . . .	338
bb)	Prüfungsschema . . . . .	340
2.	Verhältnis Verwaltungsgerichte – LVerfG (VerfGH) . . . . .	343
3.	Zusammenfassender Überblick: Vorlagevarianten zu BVerfG/LVerfG/EuGH . . . . .	347
IV.	Verhältnis BVerfG – LVerfG (VerfGH) . . . . .	350
1.	Grundsätzliches . . . . .	350
2.	Parallele Verfahren beim VerfGH und BVerfG . . . . .	351

a)	Verfassungsbeschwerde zum LVerfG (VerfGH) und zum BVerfG . . . . .	351
b)	Popularklage zum VerfGH und Verfassungsbeschwerde zum BVerfG . . . . .	352
c)	Richtervorlage zum VerfGH und zum BVerfG . . . . .	352
3.	Überprüfung von Entscheidungen des LVerfG durch das BVerfG . . . . .	352
V.	Zur Rolle des EGMR im gerichtlichen Mehrebenensystem . . . . .	353
1.	Grundsätzliches . . . . .	353
a)	Die innerstaatlichen Wirkungen der EMRK . . . . .	353
b)	Die EMRK und das BVerfG . . . . .	354
c)	Die EMRK und das LVerfG (VerfGH) . . . . .	355
2.	Die Individualbeschwerde zum EGMR (Art. 34 EMRK) . . . . .	355
<b>Teil 3:</b>	<b>Die Rechtsnorm und deren Kontrolle . . . . .</b>	<b>361</b>
	Vorbemerkungen . . . . .	361
<b>§ 10</b>	<b>EU-Rechtsnormen und deren Kontrolle . . . . .</b>	<b>362</b>
I.	EU-Primärrecht . . . . .	363
II.	EU-Sekundärrecht . . . . .	364
1.	Vereinbarkeit einer EU-Richtlinie/-Verordnung mit höherrangigem EU-Recht . . . . .	365
a)	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	365
aa)	Kompetenzmäßigkeit des Handelns . . . . .	365
aaa)	Verbandskompetenz . . . . .	365
bbb)	Organkompetenz . . . . .	366
bb)	Ordnungsmäßigkeit des Rechtsetzungsverfahrens . . . . .	366
cc)	Einhaltung der Formerfordernisse . . . . .	367
b)	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	368
aa)	Vereinbarkeit mit den EU-Grundfreiheiten . . . . .	368
bb)	Vereinbarkeit mit den EU-Grundrechten . . . . .	370
aaa)	Exkurs 1: Zum Anwendungsbereich der EU-Grundrechte . . . . .	373
bbb)	Exkurs 2: Verhältnis der EU-Grundrechte zur EMRK . . . . .	374
cc)	Vereinbarkeit mit ungeschriebenen Grundsätzen des EU-Rechts . . . . .	374
2.	Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges EU-Recht . . . . .	375
3.	Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	375
a)	Rechtsbehelfe zum EuGH . . . . .	376
aa)	Individualrechtsschutz . . . . .	376
aaa)	Unmittelbar: Individualnichtigkeitsklage (Art. 263 IV AEUV) . . . . .	376

bbb)	Mittelbar: Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV	379
bb)	Objektive Rechtsbehelfe	379
aaa)	Nichtigkeitsklage nach Art. 263 II AEUV	379
bbb)	Subsidiaritätsklage nach Art. 8 Subs.- Prot. i. V.m. Art. 263 AEUV	380
b)	Rechtsbehelfe zu den Verfassungsgerichten (BVerfG/LVerfG)	382
c)	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten	382
III.	EU-Tertiärrecht	384
§ 11	<i>Das Bundesgesetz und dessen Kontrolle.</i>	385
I.	Vereinbarkeit eines Bundesgesetzes mit höherrangigem Recht	385
1.	Formelle Rechtmäßigkeit	385
a)	Gesetzgebungskompetenz des Bundes	385
b)	Ordnungsmäßigkeit des Gesetzgebungsverfahrens	386
c)	Einhaltung der Formerfordernisse	386
2.	Materielle Rechtmäßigkeit	387
a)	Vereinbarkeit des Bundesgesetzes mit dem Grund- gesetz	387
aa)	Rechts- und Sozialstaatsprinzip	387
aaa)	Rechtsstaatsprinzip	387
bbb)	Sozialstaatsprinzip	392
bb)	Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte	392
aaa)	Weichenstellungen in der Grundrechts- prüfung	393
a)	Erste Weichenstellung: Welche Grund- rechtsfunktion ist betroffen?	393
b)	Zweite Weichenstellung: Ist die Freiheit und/oder die Gleichheit betroffen?	397
c)	Dritte Weichenstellung: Spezielles Freiheitsgrundrecht oder Auffang- grundrecht?	397
bbb)	Prüfung der Freiheitsgrundrechte als Eingriffsabwehrrechte	399
a)	Stichworte: Allgemeine Handlungs- freiheit (Art. 2 I GG)	405
b)	Stichworte: Allgemeines Persönlich- keitsrecht (Art. 2 I i. V.m. Art. 1 I GG)	405
c)	Stichworte: Leben, körperliche Unver- sehrtheit, Freiheit (Art. 2 II GG)	406
d)	Stichworte: Glaube, Religion (Art. 4 GG)	407

e)	Stichworte: Kommunikations- und Kreativgrundrechte (Art. 5 GG) . . . . .	409
f)	Stichworte: Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) . . . . .	410
g)	Übersicht: Berufsfreiheit (Art. 12 I GG) . . . . .	411
h)	Übersicht: Eigentumsgrundrecht (Art. 14 GG) . . . . .	413
ccc)	Prüfung der grundrechtlichen Gleichheitsrechte . . . . .	420
b)	Vereinbarkeit des Bundesgesetzes mit EU-Recht . . . . .	423
aa)	EU-Grundfreiheiten . . . . .	424
aaa)	Die Grundstruktur der EU-Grundfreiheiten . . . . .	425
bbb)	Die Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff. AEUV) . . . . .	427
ccc)	Die Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 ff. AEUV) . . . . .	428
ddd)	Die Niederlassungsfreiheit (Art. 49 ff. AEUV) . . . . .	429
eee)	Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV) . . . . .	430
fff)	Annex: Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft (Art. 18 ff. AEUV) . . . . .	431
bb)	EU-Grundrechte . . . . .	431
cc)	EU-Sekundärrecht . . . . .	432
c)	Vereinbarkeit des Bundesgesetzes mit Völkerrecht . . . . .	433
II.	Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	433
1.	Verstöße des Bundesgesetzes gegen das GG . . . . .	434
a)	Unvereinbarkeit mit dem Gleichheitssatz (Art. 3 I GG) . . . . .	434
b)	Notwendigkeit der weiteren Anwendung des verfassungswidrigen Gesetzes . . . . .	435
2.	Verstöße des Bundesgesetzes gegen das EU-Recht . . . . .	435
III.	Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße. . . . .	435
1.	Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR . . . . .	436
2.	Rechtsbehelfe zum BVerfG . . . . .	437
a)	Individualrechtsschutz: Verfassungsbeschwerde (Art. 93 I Nr. 4 a GG) . . . . .	437
b)	Objektive Rechtskontrolle: Die abstrakten Normenkontrollverfahren . . . . .	442
3.	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten . . . . .	447
IV.	Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes . . . . .	449
§ 12	Das Landesgesetz und dessen Kontrolle. . . . .	450
I.	Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit höherrangigem Recht . . . . .	451

1.	Formelle Rechtmäßigkeit . . . . .	451
a)	Gesetzgebungskompetenz des Landes . . . . .	451
b)	Ordnungsmäßigkeit des Gesetzgebungsverfahrens . . . . .	452
c)	Einhaltung der Formerfordernisse . . . . .	453
2.	Materielle Rechtmäßigkeit . . . . .	453
a)	Vereinbarkeit des Landesgesetzes mit Bundesrecht . . . . .	454
b)	Vereinbarkeit des Landesgesetzes mit der Landesverfassung (BV) . . . . .	454
aa)	Die Grundrechtsnormen der Landesverfassung (am Beispiel der BV) . . . . .	455
bb)	Dogmatik der Landesgrundrechte (Bayerische Verfassung) . . . . .	459
II.	Konsequenzen von Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	460
III.	Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	460
1.	Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR . . . . .	460
2.	Rechtsbehelfe zum BVerfG . . . . .	460
3.	Rechtsbehelfe zum LVerfG (VerfGH) . . . . .	461
a)	Die Popularklage (Art. 98 S. 4 BV) . . . . .	461
b)	Die Meinungsverschiedenheit (Art. 75 III BV) . . . . .	468
4.	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten . . . . .	470
IV.	Besonderheiten des verfassungsändernden Gesetzes . . . . .	474
<i>§ 13 Untergesetzliche Rechtsnormen und deren Kontrolle . . . . .</i>		<i>475</i>
I.	Rechtsverordnungen des Bundes . . . . .	475
1.	Bedeutung . . . . .	475
2.	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht . . . . .	476
3.	Konsequenzen bei Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	478
4.	Gerichtliche Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	478
a)	Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR . . . . .	478
b)	Rechtsbehelfe zum BVerfG . . . . .	479
c)	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten . . . . .	479
5.	Exkurs: Zum Verhältnis von Gesetz und Rechtsverordnung . . . . .	480
II.	Rechtsverordnungen des Landes . . . . .	482
1.	Bedeutung . . . . .	482
2.	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht . . . . .	486
3.	Konsequenzen bei Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	492
4.	Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	492
a)	Staatliche Verwaltungsaufsicht . . . . .	492
b)	Gerichtliche Überprüfung . . . . .	494
aa)	Rechtsbehelfe zum EuGH oder EGMR . . . . .	495
bb)	Rechtsbehelfe zum BVerfG . . . . .	495
cc)	Rechtsbehelfe zum LVerfG (VerfGH) . . . . .	496
dd)	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten . . . . .	497

aaa)	Die prinzipale Normenkontrolle nach § 47 VwGO . . . . .	497
bbb)	Rechtsbehelfe zu den Fachgerichten mit Inzidentkontrolle der Rechtsverordnung . . . . .	502
III.	Satzungen . . . . .	503
1.	Bedeutung und Typologie . . . . .	503
2.	Wiederholung einiger Grundlagen . . . . .	503
3.	Die Überprüfung von Satzungen (allgemein) . . . . .	506
a)	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht . . . . .	506
b)	Konsequenzen bei Verstößen gegen höherrangiges Recht . . . . .	508
c)	Geltendmachung solcher Verstöße . . . . .	508
aa)	Staatliche Satzungsaufsicht . . . . .	508
bb)	Gerichtliche Überprüfung . . . . .	509
4.	Speziell: Die Abgabensatzung . . . . .	509
a)	Kategorisierung der kommunalen Abgaben . . . . .	509
b)	Besondere Anforderungen an die Abgabensatzung nach dem KAG . . . . .	511
c)	Verfahrensfragen . . . . .	512
d)	Rechtsschutzfragen . . . . .	513
5.	Speziell: Der Bebauungsplan . . . . .	514
a)	Prüfung der Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans . . . . .	514
b)	Rechtsschutz gegen Bebauungspläne . . . . .	518
aa)	Prinzipale Normenkontrolle . . . . .	519
aaa)	Normenkontrolle nach § 47 I Nr. 1 VwGO . . . . .	519
bbb)	Popularklage nach Art. 98 S. 4 BV . . . . .	519
ccc)	VB zum BVerfG nach Art. 93 I Nr. 4 a GG . . . . .	520
bb)	Inzidente Normenkontrolle . . . . .	521
c)	Exkurs: Die Rolle der Gemeinde im öffentlichen Baurecht (Überblick) . . . . .	521
aa)	Die Gemeinde als Planungsträger . . . . .	521
bb)	Die Stellung der Gemeinde im Baugenehmigungsverfahren (insbes. § 36 BauGB) . . . . .	522
cc)	Die Gemeinde als Baugenehmigungsbehörde . . . . .	524
§ 14	Verwaltungsvorschriften und deren Kontrolle . . . . .	525
I.	Rechtsnatur und Funktionen . . . . .	525
II.	Rechtmäßigkeit von Verwaltungsvorschriften . . . . .	527
III.	Rechtswirkungen und Kontrolle von Verwaltungsvorschriften . . . . .	528
Teil 4:	Der Einzel(rechts)akt und dessen Kontrolle . . . . .	531
Vorbemerkungen	. . . . .	531
§ 15	Einzelakte des EU-Rechts und deren Kontrolle . . . . .	532
I.	Bedeutung und dogmatische Grundlagen . . . . .	532

II.	Vereinbarkeit eines EU-Beschlusses mit höherrangigem EU-Recht . . . . .	533
III.	Gerichtliche Geltendmachung . . . . .	534
§ 16	<i>Der Verwaltungsakt und dessen Kontrolle.</i> . . . . .	536
I.	Dogmatische Grundlagen des Verwaltungsakts . . . . .	536
1.	Die „Wirksamkeit“ des VA als Paradigma des Verwaltungsrechts . . . . .	536
a)	Die Emanzipation des (wirksamen) VA von seiner Rechtsgrundlage . . . . .	536
aa)	Vollzugswirkung . . . . .	537
bb)	Vollstreckungswirkung . . . . .	538
cc)	Tatbestandswirkung . . . . .	540
b)	Das Wirksamwerden des VA . . . . .	541
c)	Die Beendigung der Wirksamkeit . . . . .	542
aa)	Actus contrarius (Art. 43 II Alt. 1, 2 VwVfG: Rücknahme, Widerruf) . . . . .	543
aaa)	Rücknahme eines VA (Art. 48 VwVfG) . . . . .	544
bbb)	Widerruf eines VA (Art. 49 VwVfG) . . . . .	548
ccc)	Exkurs zum Verhältnis von Art. 48, 49 VwVfG zu Art. 51 VwVfG . . . . .	549
bb)	Anderweitige Aufhebung (Art. 43 II Alt. 3 VwVfG) . . . . .	552
cc)	Erledigung durch Zeitablauf oder auf andere Weise (Art. 43 II Alt. 4, 5 VwVfG) . . . . .	552
2.	Die Rechtmäßigkeit des VA . . . . .	554
a)	Wann kommt es auf die Rechtmäßigkeit des VA überhaupt an? . . . . .	554
b)	Prüfungssystematik . . . . .	556
II.	Der belastende Verwaltungsakt und dessen Kontrolle . . . . .	561
1.	Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	562
2.	Die bauordnungsrechtlichen Eingriffsakte nach der BayBO . . . . .	564
a)	Überblick . . . . .	564
b)	Fällgestaltungen in der Klausur . . . . .	565
c)	Prüfung der Rechtmäßigkeit einer bauordnungsrechtlichen Verfügung . . . . .	567
3.	Die versammlungsrechtlichen Eingriffsakte nach dem BayVersG . . . . .	571
a)	Befugnisse der Polizei . . . . .	572
b)	Befugnisse der Kreisverwaltungsbehörde (insbes. Versammlungsverbot) . . . . .	575
4.	Die sicherheitsrechtlichen Eingriffsakte nach dem LStVG . . . . .	577
a)	Systematik . . . . .	577

b)	Prüfungsschema für einen LStVG-VA (mit Exkurs zu § 80 V VwGO)	580
c)	Vertiefungen zum Verwaltungsvollstreckungsrecht.	588
d)	Zur Bedeutung des Art. 7 III LStVG.	594
aa)	Fallkonstellationen, die von Art. 7 III LStVG nicht erfasst werden	594
bb)	Anwendungsbereich und Voraussetzungen des Art. 7 III LStVG	595
5.	Die polizeirechtlichen Eingriffsakte nach dem PAG	596
a)	Systematische Grundlagen.	596
aa)	Die Trennung von Polizeirecht und Sicherheitsrecht („Trennungsprinzip“)	597
bb)	Die vorrangige Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden („Subsidiaritätsprinzip“)	598
cc)	Der Grundsatz der effektiven Gefahrenabwehr („Effektivitätsprinzip“)	598
aaa)	Die Maßgeblichkeit der ex-ante-Sicht	599
bbb)	Der Grundsatz des „ersten Zugriffs“ der Polizei	603
ccc)	Vollstreckung, unmittelbare Ausführung und sofortiger Vollzug	605
b)	Klausurkonstellationen.	608
c)	Die Prüfung der polizeirechtlichen Maßnahme (insbes. VA)	609
d)	Die Prüfung des polizeirechtlichen Kostenbescheids	614
6.	Rechtsbehelfe gegen belastende Verwaltungsakte.	620
a)	Überblick	620
b)	Die Anfechtungsklage nach § 42 I Alt. 1 VwGO.	621
c)	Die Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 I 4 VwGO).	625
aa)	Die „echte“ Fortsetzungsfeststellungsklage nach § 113 I 4 VwGO.	625
bb)	Die Fortsetzungsfeststellungsklage in analoger Anwendung des § 113 I 4 VwGO	627
III.	Der begünstigende Verwaltungsakt und dessen Erstretung	630
1.	Vorbemerkungen zur Systematik	630
2.	Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung.	632
a)	Prüfungsschema: Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	633
b)	Rechtsschutz des Nachbarn, insbes. der „Genehmigungsabwehranspruch“	643
aa)	Systematik	643
aaa)	Genehmigungsanspruch und Genehmigungsabwehranspruch	643

bbb)	Genehmigungsabwehranspruch und Anspruch auf bauaufsichtliches Einschreiten . . . . .	644
bb)	Die prozessuale Geltendmachung des Genehmigungsabwehranspruchs . . . . .	646
c)	Sonstige begünstigende VAe im Baurecht . . . . .	648
aa)	Vorbescheid (Art. 71 BayBO) . . . . .	649
bb)	Teilbaugenehmigung (Art. 70 BayBO) . . . . .	650
3.	Anspruch auf Zulassung zu oder Nutzung einer Einrichtung . . . . .	651
a)	Grundstrukturen. . . . .	651
b)	Die Zulassung politischer Parteien zu öffentlichen Einrichtungen . . . . .	654
4.	Anspruch aus Zusicherung (Art. 38 VwVfG) . . . . .	656
5.	Anspruch aus öffentlich-rechtlichem Vertrag (Art. 54 ff. VwVfG) . . . . .	658
6.	Anspruch aus EU-Recht . . . . .	659
7.	Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung begünstigender VAe . . . . .	659
a)	Überblick. . . . .	659
b)	Verpflichtungsklage (Untätigkeitsklage, Versagungsgegenklage) . . . . .	661
aa)	Prüfungsschema . . . . .	661
bb)	Exkurs: Rechtsschutzfragen bei Nebenbestimmungen . . . . .	664
aaa)	Abwehr einer belastenden Nebenbestimmung . . . . .	665
bbb)	Anspruch auf Erlass einer drittbelastenden Nebenbestimmung . . . . .	668
c)	Die einstweilige Anordnung (§ 123 VwGO) . . . . .	669
§ 17	<i>Hoheitliches Handeln ohne VA-Charakter (Realakte)</i> . . . . .	672
I.	Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	672
1.	Typologie der Realakte . . . . .	672
a)	Betrieb von öffentlichen Einrichtungen . . . . .	672
b)	Wirtschaftliche Betätigung der „öffentlichen Hand“ . . . . .	673
c)	Äußerungen von Hoheitsträgern. . . . .	673
d)	Sonstige Handlungen ohne VA-Charakter . . . . .	673
2.	Mögliche Rechtsschutzbegehren. . . . .	674
II.	Anspruch auf Vornahme von Realakten (positive Leistung) . . . . .	675
1.	Spezialgesetzliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	675
2.	Der Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	676
3.	Anspruch aus drittschützender Norm? . . . . .	676
III.	Anspruch auf Unterlassung von Realakten (negative Leistung) . . . . .	677
1.	Anspruch aus verwaltungsrechtlichem Vertrag . . . . .	678

2. Anspruch aus spezialgesetzlicher Grundlage . . . . .	678
3. Der grundrechtliche Unterlassungsanspruch . . . . .	679
IV. Prozessuale Durchsetzung: Die allgemeine Leistungsklage . . . . .	681
<b>Teil 5: Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis: Struktur und Ansprüche . . . . .</b>	<b>685</b>
Vorbemerkungen . . . . .	685
§ 18 <i>Das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis</i> . . . . .	686
I. Das Grund-Rechtsverhältnis (Das Grundrechts-Verhältnis) . . . . .	686
II. Erweiterung: Das Rechtsverhältnis-Dreieck (Interessendreieck) . . . . .	688
III. Besondere öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse . . . . .	690
1. Entstehung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag . . . . .	690
2. Entstehung durch Rechtsnormen des Besonderen Verwaltungsrechts . . . . .	690
3. Entstehung durch Verwaltungsakt . . . . .	692
IV. Die Feststellungsklage (§ 43 I VwGO). . . . .	693
1. Grundsätzliches . . . . .	693
a) Subsidiaritätsgrundsatz . . . . .	693
b) Feststellungsklage als „heimliche“ Normenkontrollklage? . . . . .	693
2. Prüfungsschema . . . . .	695
§ 19 <i>Der öffentlich-rechtliche Anspruch</i> . . . . .	697
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	697
II. Primäransprüche . . . . .	698
1. Primäransprüche des Staates gegen den Einzelnen . . . . .	698
2. Primäransprüche des Einzelnen gegen den Staat . . . . .	700
a) Leistungsansprüche . . . . .	701
aa) Allgemeines . . . . .	701
bb) Der Normerlassanspruch . . . . .	701
b) Der Rechtswidrigkeitsabwehranspruch . . . . .	703
aa) Der Unterlassungsanspruch („vorbeugender Rechtsschutz“) . . . . .	703
aaa) Begründung . . . . .	703
bbb) Gerichtliche Durchsetzung . . . . .	703
bb) Der Beendigungsanspruch (Aufhebungsanspruch) . . . . .	705
III. Sekundäransprüche (Reaktionsansprüche) . . . . .	706
§ 20 <i>System des Staatshaftungsrechts</i> . . . . .	708
I. Vorbemerkungen zur Systematik . . . . .	708
1. Kein einheitlicher Rechtsgrund für das Staatshaftungsrecht . . . . .	708
2. „Kompensation“ als gemeinsamer Erklärungsgrund . . . . .	709
II. Kompensation rechtswidrigen staatlichen Handelns . . . . .	710

1. Systematik . . . . .	710
a) Mehrstufigkeit des Rechtswidrigkeitsabwehrsystems . . . . .	710
b) Das Verhältnis der Stufen zueinander . . . . .	711
2. Der Folgenbeseitigungsanspruch . . . . .	712
3. Finanzielle Kompensationsansprüche . . . . .	714
a) Schadensersatzansprüche . . . . .	715
aa) Ansprüche aus vertraglichem Rechtsverhältnis (öffentlich-rechtlicher Vertrag) . . . . .	715
bb) Ansprüche aus verwaltungsrechtlichem Schuldverhältnis . . . . .	716
cc) Amtshaftungsanspruch (§ 839 BGB, Art. 34 GG). . . . .	717
dd) Exkurs: Haftung wegen Verletzung von EU-Recht . . . . .	722
aaa) Haftungsanspruch gegen die EU. . . . .	723
bbb) Haftungsanspruch gegen den Mitgliedstaat . . . . .	724
a) Funktion und Anspruchsgrundlage . . . . .	724
b) Verhältnis zu den mitgliedstaatlichen Haftungsansprüchen . . . . .	725
c) Prüfungsschema . . . . .	727
b) Entschädigungsansprüche . . . . .	729
aa) Spezialgesetzliche Anspruchsgrundlagen . . . . .	730
bb) Anspruch aus aufopferungsgleichem Eingriff . . . . .	730
cc) Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff. . . . .	731
III. Kompensation rechtmäßigen staatlichen Handelns . . . . .	734
1. Systematik . . . . .	734
2. Spezialgesetzlich geregelte Entschädigungsansprüche . . . . .	735
3. Der Anspruch aus enteignendem Eingriff . . . . .	738
4. Der allgemeine Aufopferungsanspruch . . . . .	740
IV. Kompensation rechtsgrundloser Vermögensverschiebungen . . . . .	741
1. Spezialgesetzlich geregelte Erstattungsansprüche. . . . .	742
2. Der allgemeine Erstattungsanspruch . . . . .	742
<b>Anhang 1: Verzeichnis der Prüfungsschemata . . . . .</b>	<b>745</b>
<b>Anhang 2: Tableau der Klausuren des Ersten Juristischen Staatsexamens im Freistaat Bayern (seit 1990) . . . . .</b>	<b>749</b>
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>777</b>